

Kiesgrubengegner kritisieren Behörden

KERZERS/FRÄSCHELS – Vor einiger Zeit erhielten die Haushalte ein Flugblatt der «IG Kies Nein», in welchem sie erklärten, was gegen einen Kiesabbau in der Gegend um den Sonnenberg spricht. In einem aktuellen Communiqué be- dauern sie, dass die Stimmen aus dem Seebezirk für den Staatsrat bedeutungslos zu sein scheinen.



Ob und wie sich dereinst das Dorfbild im Hintergrund verändert, ist noch völlig offen

Die hinter der IG Kies stehenden Personen behaupten, der Staatsrat habe «die vielfach geäusserten Bedenken weiter Bevölkerungskreise aus dem Seebezirk in den Wind geschlagen und will jetzt mit dem revidierten Sachplan Materialabbau grünes Licht geben, um das Gebiet zwischen Kerzers und Fräschels für Jahrzehnte zu beschädigen.» Die Aussage der IG, dass der Staatsrat seit alters den Stimmen aus dem Seebezirk keine grosse Bedeutung beimesse und dass das Gebiet öfter vernachlässigt werde, stimmt gemäss Aussagen von Grossrat Ueli Johner nicht. Die Grossräte aus dem Seebezirk haben eine gute Kommunikation miteinander und können ihre Anliegen in Freiburg gut vorbringen, werden angehört und gewürdigt. Auf Anfrage zeigte sich Ueli Johner enttäuscht, dass die Gruppe den Kontakt zu ihm nicht gesucht hat. Umgekehrt hat er dies zwar gemacht, aber es kam keine Rückmeldung. Er betont weiter, dass man nur verhandeln könne, wenn man gemeinsam an einem Tisch sitze. «Nur so kann man zusammen Lösungen erarbeiten und finden.»

Auch keinen Kontakt zur Gemeinde

Im Communiqué wird vor allem die Gemeindepräsidentin erwähnt, welche sich nicht gegen die Pläne des Staatsrates zur Wehr gesetzt und damit gegen ihr eigenes Volk gehandelt habe. Um Auskunft gebeten, stellt Susanne Schwander den Sachverhalt aus Sicht der Gemeinde dar: «Als Gemeindepräsidentin stehe ich der Gemeinde vor und kann und darf nicht

allein entscheiden. Der Gemeinderat hat immer gemeinsam und einstimmig entschieden. Wir haben transparent informiert, auch gegenüber der Partnergemeinde. Leider konnten wir keinen Kontakt mit den Personen, die hinter der IG stehen, knüpfen. Der Flyer und die Internetseite führen keine Namen an, Ansprechpersonen fehlen. Sie sollen hinstehen und Verantwortung übernehmen. Der Vorwurf absichtlicher Anonymität wird von der IG entschieden zurückgewiesen. «Frau Schwander hat letztes Jahr von uns einen Brief mit Absender und rund 200 handgeschriebenen, aber gut leserlichen Unterschriften erhalten.

Die Gemeindepräsidentin findet es ausserdem sehr schade, dass die Zuständigen scheinbar keine Zeit haben, sich für ein Amt zur Verfügung zu stellen. Denn die Gemeinderatswahlen seien doch der ideale Moment, sich aktiv in der Gemeinde einzubringen. Die IG sagt dazu: Für den Gemeinderat kandidiere man, wenn man Gemeinderat werden will, nicht um sich für oder gegen ein einzelnes Geschäft zu verwenden. Die IG aber wolle nur die Kiesgrube verhindern, und dieser einzige, aber wichtige Punkt reiche nicht aus, um sich in den Wettbewerb unter den Parteien zu begeben. «Wir

sind eine Bürgerbewegung, keine Partei.», erklärte Robert Konrad im Namen der Interessengemeinschaft auf Anfrage.

Sinkende Immobilienpreise?

Die Interessengemeinschaft lehnt die mit dem Kiesgruben- und Deponieprojekt verbundenen und Jahrzehnte dauernden Eingriffe am Sonnenberg ab. Die Immissionen durch Lärm, Staub und Landschaftverschandelung werden laut den Angaben der Kiesgrubengegner immens sein und mehrere Generationen treffen. Die IG geht davon aus, dass sich der Wert der Liegenschaften in Fräschels und Kerzers generell um durchschnittlich 15 bis 20 Prozent zurückbildet, wenn das Projekt realisiert wird. «Eine Wertvernichtung gigantischen Ausmasses für alle – mit Profit für nur ganz wenige.» Die Interessengemeinschaft bedauert, dass ihre an die Gemeindebehörden gerichtete Aufforderung, die Kontakte zur Investorin Holcim abubrechen, nicht Folge geleistet wurde. Dem widerspricht Susanne Schwander. Den Vorwurf, das «offizielle Kerzers hätte Geheimverhandlungen aufgenommen und die Bevölkerung von jeglicher Information ausgeschlossen» weist sie deutlich zurück.

Grossrat zwingen?

Ende März wird der Staatsrat den revidierten Sachplan dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorlegen. Die Interessengemeinschaft hofft, dass das Kantonsparlament den Mut aufbringt, den Staatsrat zur Überarbeitung des Sachplans zu zwingen. Für Ueli Johner ist «zwingen» keine Lösung. «Kies ist da und wird früher oder später abgebaut. Das heisst, wir müssen in Kerzers das bestmögliche herausholen. Sperren wir uns jetzt dagegen, wird das Thema in fünfzehn bis zwanzig Jahren wieder aufs Tapet kommen. Und lieber heute möglichst viel erreichen als sich zurücklehnen und denken, die nächsten Gemeinderäte und Generationen sollen schauen.» Er sei als Grossrat nicht gegen den Richtplan, diesen abzuändern bringe nichts.

Für die Gemeindepräsidentin und für den Grossrat ist klar, dass eine Kiesgrube ein Eingriff in die Natur bedeutet. Eine Kiesgrube müsse aber nicht generell schlecht für die Umwelt und die Biodiversität sein. Heute werden die Flächen der Natur angepasst gestaltet.

Zu erwähnen ist, dass an der Podiumsdiskussion, an welcher sich alle Gemeinderatskandidaten vorstellten, keine der Parteien dem Kiesabbau generell abgeneigt ist. Die IG nahm an diesem Anlass nicht teil. sim